

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 3a39  
Telefax: 8 88 648 ppbn d  
Telefax: 21 08 84

## Inhalt

Walter Momper zur  
Notwendigkeit, die  
Nachkriegs-Verspre-  
chungen einzulösen:  
Berlin als Hauptstadt  
und Regierungssitz.

Seite 1

Edda Jahns MdL zur  
Notwendigkeit, die Um-  
weltbelastung abzu-  
bauen: Muttermilch -  
stärker belastet als  
Kuhmilch.

Seite 2

Jochen Welt zur Not-  
wendigkeit einer ge-  
meinsamen Strategie  
der Industrieländer:  
Ehrlich über das  
Asylantenproblem  
sprechen (Teil II und  
Schluß).

Seite 3

45. Jahrgang / 154

14. August 1990

### Berlin als Hauptstadt und Regierungssitz

Zur Notwendigkeit, die Nachkriegs-Versprechungen einzulösen

Von Walter Momper  
Berliner SPD-Landesvorsitzender und  
Regierender Bürgermeister

In der strittigen Hauptstadtfrage laufen auch manche Meinungsträger der Bundes-SPD Gefahr, sich von der eigenen Wählerbasis zu isolieren. Die Anfang Juli vom Emnid-Institut im Auftrag des "Spiegel" ermittelten Umfragedaten haben ergeben, daß 60 Prozent aller befragten Bundesbürger für Berlin als Hauptstadt sind, hingegen nur 37 Prozent für Bonn. Drei Prozent sind unentschieden. Besonders frappierend ist, daß die Zustimmung zu Berlin in der Anhängerschaft der SPD mit 70 Prozent weit überdurchschnittlich ist. Gerade die SPD-Wähler erwarten also eine klare Entscheidung für Berlin. Nähme man die hier nicht befragten DDR-Bürger noch hinzu, dann würde sich dieser Anteil noch erhöhen.

Wichtige Meinungsträger in der SPD, die derzeit aus Lokalpatriotismus oder purer Gewöhnung an Bonn gegen eine Rückverlagerung der Hauptstadtfunktionen nach Berlin sind, sollten erkennen, daß sie damit in einer nationalen Frage von großer Bedeutung nicht nur gegen die klare Mehrheit aller Deutschen, sondern auch gegen die eigenen Wähler stehen. Es würde die Wahlchancen der SPD noch erhöhen, wenn die Berlin-Versprechungen aus 40 Jahren Nachkriegsgeschichte jetzt alsbald mit entsprechenden Voten und Beschlüssen in Einklang gebracht würden.

Bedeutsam ist auch, daß gerade die jüngere Generation in Westdeutschland, die 18- bis 29jährigen, mit 64 Prozent überproportional stark für Berlin als Hauptstadt eintreten. In der Gruppe der 25- bis 29jährigen sind es sogar 71 Prozent.

Eine Trennung von Regierungssitz und Hauptstadt wäre keine Lösung, sondern eine Mogelpackung. Denn symbolische Hauptstadt war Berlin schon immer. Nur der brutale Zwang des Kalten Krieges und der Mauer verhinderte, daß Berlin richtige Hauptstadt und Regierungssitz werden konnte. Es war immer das Ziel der SPD, diese Situation zu beenden.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verantwortiger Umweltsachverständiger  
mit anerkannter Rechtschaffen  
Recycling-Papier



Im übrigen sollte gerade die SPD ein politisches Interesse daran haben, daß die deutsche Regierung in Berlin ihren Sitz nimmt. Denn hier kommen der Osten und der Westen Deutschlands unmittelbar zusammen. Hier sind die Probleme der Einheit direkt spürbar. Berlin schlägt die Brücke nach Osten und trägt damit zur Integration Osteuropas bei. Auch das ist ein wesentliches Ziel sozialdemokratischer Politik. Berlin als Regierungssitz bedeutet mehr als jede andere deutsche Stadt, daß deutsche Politik künftig in direkter Konfrontation und Auseinandersetzung sowohl mit der deutschen Geschichte als auch mit den Problemen der Gegenwart stattfindet. Deutschland ist nicht mehr nur der deutsche Westen.

Berlin die Hauptstadtfunktion zu entziehen, wäre auch für die SPD ein Schlag gegen die eigene Glaubwürdigkeit. Die SPD sollte sich auch nicht von dem Kostenargument ins Bockshorn jagen lassen, das das wirtschaftlich starke und politisch mächtige Nordrhein-Westfalen in die Diskussion gebracht hat. Dort wird so getan, als müsse in Berlin eine "Hauptstadt auf der grünen Wiese" errichtet werden. Tatsächlich sind Regierungsgebäude und Botschaften genug vorhanden. Denn auch Ost-Berlin fungiert schon als Hauptstadt und hat etwas zu verlieren.

Ein sozialverträglicher Umzugsplan, der Berlin schrittweise zum Regierungssitz macht und gleichzeitig Bonn als eine wichtige Verwaltungsstadt beläßt, ist möglich. Die Bundes-SPD sollte einen solchen Umzugsplan erarbeiten und als Kompromiß einbringen, um die Debatte zu versachlichen.

(-/14. August 1990/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Muttermilch - stärker belastet als Kuhmilch** **Zur Notwendigkeit, die Umweltbelastung abzubauen**

Von Edda Jahns MdL

**Verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz**

Wenn Muttermilch im Laden verkauft würde, müßte sie die Lebensmittelkontrolle aus dem Verkehr ziehen. Nach Auskunft der Landesregierung in Mainz hat die durchschnittliche Belastung der untersuchten Proben mit DDT und HCB (Lindan) im Jahre 1989 zwanzigmal höher gelegen als bei Kuhmilch; auch polychlorierte Biphenyle hätten in der Muttermilch durchschnittlich achtfach höher gelegen. Auf Dioxine und Furane ist Muttermilch in Rheinland-Pfalz bisher nicht untersucht worden.

Die Belastung der Muttermilch vom HCB und DDT hat sich nach Angaben des Umweltministers in den letzten fünf Jahren halbiert, eine Folge des Verbotes von DDT und der geringeren Anwendung von Lindan. Bei PCB lag der Rückgang bei nicht ganz 25 Prozent. Die hohe Belastung von Muttermilch beruht auf der Tatsache, daß diese fettlöslichen Schadstoffe sich im Fettgewebe der Mutter über Jahre hinweg anreichern. Mit der Muttermilch werden sie dann angeschwemmt, was auch dazu führt, daß das erste Kind das meiste Gift abbekommt.

Die Werte sind aus meiner Sicht kein Anlaß, generell vom Stillen abzuraten, da für Säuglinge bis zu einem Alter von circa vier bis sechs Monaten Muttermilch trotz der Belastung die beste Nahrung ist. Allerdings halte ich es für sinnvoll, wenn mehr Mütter als bisher von der kostenlosen Untersuchungsmöglichkeit bei den Chemischen Untersuchungsämtern Gebrauch machen würden. Sie könnten dann zumindest in Kenntnis ihrer persönlichen Situation und unter Beachtung der erteilten Empfehlungen über die maximale Tagesmenge und die Dauer der Stillzeit entscheiden.

Mehr Öffentlichkeitsarbeit der Gesundheitsbehörden wäre wünschenswert. Wichtiger ist jedoch, möglichst schnell für weniger Rückstände in Lebensmitteln und für eine geringere Umweltbelastung zu sorgen. Unsere Kinder dürfen nicht bereits mit der Muttermilch die Folgen unseres verantwortungslosen Handelns aufgebürdet bekommen.

(-/14. August 1990/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### Ehrlich über das Asylantenproblem sprechen

Zur Notwendigkeit einer gemeinsamen Strategie der Industrieländer

(Teil II und Schluß)

Von Jochen Welt

Bürgermeister der Stadt Recklinghausen

Mitglied des SPD-Parteirates

Wie viele Konflikte ließen sich schon im Vorfeld entschärfen! Eine begreifbare Einführung der Fremden in nationale Eigen- und Besonderheiten ihres Gastlandes, in unsere Sitten, Gebräuche und Empfindlichkeiten zum Beispiel könnte helfen. Viele Fremde würden dies sicherlich beherzigen, weil sie unsere Reaktionen dann einsehen könnten. Gegen Unvorsichtige, die Gast-Recht und Gast-Pflicht mißbrauchen, muß dann allerdings konsequent vorgegangen werden.

Es ist doch unglaublich, daß man derartig banale, selbstverständliche Forderungen schon jetzt als unrealistisch bezeichnen muß, weil die Fördermittel zur Flüchtlingsbetreuung und -schulung nur sehr begrenzt, Gelder für Notunterkünfte oder gar normalen Wohnraum gar nicht vorhanden sind. Es ist schon ein Skandal, daß für derartige Dinge kein Geld da ist, während die sozialen Spannungen weiter eskalieren. Es kann auch kein Argument sein, daß der Wohnraum insgesamt - also auch für die sogenannten Normalbürger - knapp geworden ist.

In dieser "Wohnungskonkurrenz" liegt im übrigen eine unnötige Ursache der erlebbaren sozialen Spannungen zwischen Einheimischen, Übersiedlern, Aussiedlern und insbesondere Asylanten. Sie ist eine der eklatantesten Fehlleistungen der gegenwärtigen Bonner Regierung, die die Verantwortlichkeit für diese Situation an ihrer Teflonhaut abgleiten läßt.

Schon die oben genannten integrationsorientierten Maßnahmen bringen Schwierigkeiten bei der Realisierung mit sich. Der zweite Ansatz aber verlangt schon ein gehöriges Maß konkreter Utopie. Das sollte aber nicht dazu verleiten, ihn nicht mit aller Ernsthaftigkeit zu verfolgen, er folgt in logischer Konsequenz aus den vorherigen, auf unser Land bezogenen Überlegungen. Denn: Ohne diesen Ansatz wird das Problem nicht zu bewältigen sein, werden immer mehr Menschen in unser Land kommen wollen, werden wir vor Ort immer größere Probleme haben und die eigentlichen Ursachen nicht beseitigen können. Ohne Konsolidierung der ökonomischen und dadurch auch der politischen Situation in den Emigrationsländern ist alle Arbeit hier vergeblich.

Nach der Phase der politischen Veränderungen in den Ländern des Ostens, eine westeuropäische Entwicklungsinitiative in Richtung Ost und Süd zu starten, - dies muß mit lokalen und staatlichen Anstrengungen unmittelbar koordiniert werden.

Ohne wirtschaftliche Unterstützung der osteuropäischen Länder ist die gegenwärtige Entwicklung nicht zu stabilisieren, auch sie sind Europa. Ohne diese Hilfe werden bei politischer Freiheit immer mehr Menschen an der wirtschaftlichen Entwicklung des Westens teilhaben wollen. Ohne materielle Unterstützung ist der Reformkurs Gorbatschows stark gefährdet, wird Rumänien niemals stabil, blutet Albanien aus, treibt Polen weiter richtungslos.

Neben diesen für viele politisch nachvollziehbaren Forderungen wird die humanitäre, ökologische und ökonomische Hilfe für die Entwicklungsländer das bestimmende Thema in den kommenden Jahren sein. Keiner wird sich ausblenden können. Nationale und europäische Blickbegrenzung wird sich bitter rächen. Wenn wir nicht hingehen und helfen, werden mehr und mehr kommen und hier unsere Hilfe verlangen. Die Entlastung der Dritten Welt von Hunger, Not und Diktatur muß unser letzter und größter Schritt sein.

Es soll jetzt nicht der Versuch gemacht werden, die notwendigen Gelder zu definieren, die Einsparungen im Verteidigungshaushalt zu fordern, die diese Gelder freimachen können.

Fest steht, Einsparungen im Verteidigungshaushalt und in anderen Haushalten sind auf Grund der veränderten weltpolitischen Lage möglich und nötig. Abschmelzungen um lediglich fünf bis zehn Milliarden lächerlich. Der Weiterbau des "Jäger 90" ist mehr als unangemessen, die für Entwicklungshilfe notwendigen Aufwendungen werden aber ein Vielfaches des eingesparten Betrages je Jahr sein müssen. Außerdem bedarf es einer Veränderung der entwicklungspolitischen Organisation und des Gesetzgebungsrahmens.

Wenn wir Gott sei Dank jetzt Schwerter zur Pflugscharen und Lanzen zu Rebmessern schmieden können, so können wir auch die Wehrpflicht zur Sozialpflicht wenden.

"Gib ein Jahr" hieß es in der evangelischen Kirche, als sie Jugendliche um ein kostenloses Jahr der Hilfe für Bedürftige bat.

"Gib ein Jahr an Afrika", so könnte bald die Aufforderungen, ja die Pflichtaufgabe für die junge Generation lauten. Ein Friedensdienst in den Entwicklungsländern selbst, ein Kampf gegen ökonomische, ökologische wie pädagogische Probleme wären möglich und für alle Seiten erfolgreich.

Ein Pionierbattalion, das heute noch kriegerische Brücken schlägt, könnte in Südamerika andere Brücken schlagen nicht mehr militärisch, sondern friedlich organisiert und europäisch integriert.

Ein 12monatiger allgemeiner Hilfs- und Entwicklungsdienst ist für die Zukunft, für eine gute Zukunft nötig. Ein "Friedenscorps" muß her. Bei einem solchen europäischen Friedenscorps wäre dann auch, im Sinne der Gleichberechtigung von vielen schon heute gewünscht, Platz für Männer und Frauen in gleichem Dienst und Selt' an Selt'.

Vordringlich scheint mir die Verstärkung der bis jetzt eher rudimentären kommunalen Entwicklungshilfe. Dies Problem könnte zum Beispiel vom Deutschen Städtetag einmal generell abgeklärt und als Handlungsempfehlung den Gemeinden beratend an die Hand gegeben werden.

Was bisher an kommunaler Entwicklungshilfe auch unter dem Aspekt der Ursachenbekämpfung geleistet wurde, war gutwillig, aber Stückwert, zumeist abhängig von lokalen Initiativgruppen. Dabei ist der Ansatz: "Von Mensch zu Mensch, von Stadt zu Stadt" durchaus richtig. Um globale Hilfe akzeptieren zu können, müssen unsere Bürger den Erfolg kleiner, überschaubarer Hilfsanstrengungen erleben können.

Partnerschaften einzelner Länder und Gemeinden sind deshalb weiter notwendig, die dann aber von Land und Bund finanziell gefördert werden müssen. Bisherige kommunale Aufbauhilfen und Partnerschaften leiden unter dem akuten Finanzmangel in den Gemeinden. Es müßte zum Beispiel möglich sein, daß eine Stadt, die eine Patengemeinde in einem Entwicklungsland betreut, unter Beratung durch Spezialisten ein Entwicklungshilfeprogramm festschreibt, welches dann nach und nach mit Fachleuten und Helfern aus der Patenstadt und finanzieller Unterstützung von Bund und Land verwirklicht wird. Denkbar und realisierbar sind zum Beispiel Aufbau des Wassersystems, Regulierung der Abwässer, Wohnungsbauprogramme, Sozialeinrichtungen, Aufbau von Verwaltungs- und Wirtschaftsstrukturen, die die Besonderheiten des Landes berücksichtigen.

Bislang waren derartige Vorhaben einzelnen privaten Initiativen überlassen, die sich redlich mühten und vielfach an finanziellen, personellen und organisatorischen Unzulänglichkeiten scheiterten. Es sind mehr als gute Absichten, doch eine durchgreifende Hilfe konnten sie nicht sein. Die richtigen Schritte: Hilfe zum Selbsthelfen, dabei Unterstützung durch den Staat.

Es wird notwendig sein, dieses vorgeschlagene System langsam aufzubauen, bei den in der Entwicklungshilfe engagierten Städten zu erproben und weitere Städte und Gemeinden für eine große europäische Initiative zu gewinnen. Hier sind die bestehenden Städtepartnerschaften gefordert und zu nutzen. können mit zusätzlichem Leben erfüllt werden.

Keine nationalen Alleingänge sind gefragt, sondern ein internationaler Verbund all derer, die einsichtig und guten Willens sind. Diese Einsicht bedingt den Mut zur Wahrheit, die unbedingte Förderung der Bedürftigen, aber auch eine ebenso konsequente und durchgreifende Abwehr gegen all die, die guten Willen ausnutzen wollen.

Der Wellen der fremden Armut können wir nur Herr werden, wenn wir der Armut Herr werden, in den Ländern selbst Lebensqualität schaffen.

Geld ist vorhanden, der Wunsch, insbesondere vieler junger Menschen, solidarisch zu helfen, ist da. Wir können es uns nicht länger leisten, die internationalen Probleme in Deutschland und Europa möglichst sozialverträglich zu verwalten. Wir müssen mithelfen, die Probleme dort zu lösen, wo sie entstehen, sonst holen uns die Probleme ein.

Ein langer und schwerer Weg, doch auch er beginnt mit dem ersten Schritt.

(-/14. August 1990/rs/tr)

\*\*\*\*\*